

Kampfzone Deutsch

Generisches Maskulinum, politisch korrekte Ausdrücke: Wie die Linguistik beobachtet, wohin sich unsere Sprache entwickelt

VON LILO BERG

Wenn Henning Lobin sein Postfach öffnet, muss er mit allem rechnen. Mit in- ständigen Bitten, abenteuerlichen Forde- rungen – und den Schimpftiraden wild- fremder Absender. „Elfenbeintümlinge“ seien die Wissenschaftler am Leibniz- In- stitut für Deutsche Sprache (IDS) und ihr Forschungsthema gendergerechte Sprache bloß „gequirlte Flitzkacke“, geiferte vor einiger Zeit ein E-Mail-Verfasser. Im nächsten Satz ging er Lobin als Direktor des renommierten Mannheimer Sprach- forschungsinstituts (in konsequenter Missachtung neuer Rechtschreibung) frontal an: „Wenn man weiterhin davon ausgehen muß, daß Leute wie Sie ihr sinn- befreites Dasein auf Kosten der Steuer- zahler fristen, geht einem sofort das Mes- ser in der Tasche auf.“



„Wir lassen uns weder von rechts noch links kapern“
Henning Lobin,
IDS-Direktor

Meistens verzichte er auf rechtliche Schritte, doch besonders wüste Beschimpfungen zeige er beim Kommissariat für Internetdelikte an, berichtet der 57-jährige Linguistik-Professor. Gerade beim gendergerechten Deutsch sei der Druck im Kessel groß, „da werden regel- rechte Sprachschlachten ausgetragen“. Ebenfalls hoch her gehe es in Sachen Rechtschreibung, Fremdwortgebrauch oder politisch korrekter Sprache – Themen, die auch politisch ausgeschlachtet werden. Lobin: „Am IDS lassen wir uns weder von rechts noch von links kapern, sondern konzentrieren uns auf wissen- schaftsgeliebte Antworten.“

Beispiel geschlechtergerechtes Deutsch. Hier steht das generische Masku- linum im Fokus, die Vorstellung also, dass männliche Bezeichnungen wie Schü- ler, Lehrer oder Forscher für alle Perso- nen gelten können. Zum üblichen Sprach- gebrauch wurde das geschlechtsübergrei- fende Maskulinum nach Ergebnissen der Sprachforschung erst in der Nachkriegs- zeit. Feministinnen kritisieren die Praxis schon seit den 1970er-Jahren; in der brei- ten Öffentlichkeit angekommen ist die Kontroverse erst vor wenigen Jahren. Seither wird munter experimentiert: Neben dem generischen Maskulinum als weiterhin dominierender Variante finden sich Doppelnennungen („Leserinnen und Leser“) sowie mit zunehmender Tendenz abstrakte Bezeichnungen („Lehrkräfte“ statt „Lehrer“) und Partizipialformen („Forschende“). Mit großem Abstand fol- gen Genderstern, Binnen-I, Unterstrich und andere geschlechtsneutrale Bezeich- nungen, die auch Menschen berücksichti- gen, die sich weder als Mann noch als Frau identifizieren.

Inzwischen geben Behörden und Fir- men eigene Regelwerke heraus, Schulen und Hochschulen machen unterschiedli- che Vorgaben. Im Rundfunk gelten eini- gige Sprecher mit einem Knacklaut vor Vokalen, dem sogenannten Glottisschlag, andere verzichten darauf. Die Bandbreite ist groß, die Verwirrung auch, wie eine Sammlung am IDS zeigt: Da wird in Stel- lenanzeigen die/der „Pflegefach- frau_mann“ gesucht, die Rede ist von „Männer*arbeit“, „Lots*Innen“ und „Alumni*ae als Botschafter*innen“. In manchen Pressemitteilungen ist von „He- rausgeber*innenschaften“ zu lesen, „Mit- glied*innen“, „Gäst*innen“ oder „Toi- lette für alle**“.

Er möge „diesen Unfug endlich ab- schaffen“ oder dessen „Verwendung bei



Sprechpositionen. Die Sprache ist zum Austragungsfeld gesellschaftlicher Konflikte geworden und der Sprachgebrauch zum Marker grund- legender Haltungen, sagt ein Linguist.

FORUM DEUTSCHE SPRACHE

Ein Sprach-Haus für alle Altersgruppen

Welchen Einfluss hat Sprache auf unser Denken? Wie wirkt sich Mehrsprachigkeit aus? Welche Zukunft haben deut- sche Dialekte? Was verbindet, was unterscheidet das Deut- sche von anderen Sprachen? Antworten auf Fragen dieser Art soll das geplante Forum Deut- sche Sprache liefern. Es ent- steht auf Initiative des Leib-

niz-Instituts für Deutsche Sprache (IDS) in Mannheim und soll im Jahr 2027 eröffnet werden. Eine interaktive Ausstellung soll aktuelles Wissen über die deutsche Sprache vermitteln. Die Besucherinnen und Besu- cher sind eingeladen, sich mit „Sprachpenden“, etwa dem eigenen Sprechen, selbst an der Forschung zu beteiligen. Se-

minare, Diskussionen und Le- sungen runden das Angebot ab. Thematisch soll es um Sprachthemen von besonderer gesellschaftlicher Relevanz ge- hen, zum Beispiel um das Er- kennen von Fake News oder um den sprachlichen Wandel. Mit einem Zauberkalender für Kin- der und Citizen-Science-Projek- ten für Erwachsene richtet sich

das geplante Zentrum an alle Altersgruppen. Der erste Spatenstich ist für 2023 vorgesehen. Den Archi- tekturwettbewerb hat kürzlich das Berliner Architekturbüro Henn gewonnen. Bauherrin ist die Klaus Tschira Stiftung, die dem IDS das Gebäude und die erste Dauerausstellung schenkt. lb.

Funk und Presse untersagen“ wird Henning Lobin immer wieder per E-Mail ge- beten – ob es nun um geschlechterge- rechte Sprache, Anglizismen oder poli- tisch korrekten Sprachgebrauch geht. Doch fürs Verboten und Abschaffen ist Lobins Institut ebenso wenig zuständig wie der privatwirtschaftliche Berliner Duden-Verlag, der Deutsche Sprachrat oder andere Institutionen. Darin unterscheide sich Deutschland von Frankreich, wo die Académie Française die Regeln für den Sprachgebrauch festlege, sagt Lobin und ergänzt: „Unsere Sprache ähnelt mehr einem Feuchtbiotop als einem barocken Garten. Sie entwickelt sich in natürlichen Aushandlungsprozessen und ist gewisser- maßen ein demokratisches Gut – wir können stolz darauf sein.“

Einzig die Orthografie wird normiert, und zwar durch den Rat für deutsche Rechtschreibung, dem auch Henning Lobin angehört. Das von dem zwischen- staatlichen Gremium erarbeitete Amtli- che Regelwerk der deutschen Sprache soll die Einheitlichkeit der Rechtschrei- bung im deutschen Sprachraum bewah- ren und sie in „unerlässlichem Umfang“ weiterentwickeln, heißt es auf der Rats-Website. 2018 formulierte der Rechtschreibrat Kriterien für die ge- schlechtergerechte Schreibung. Dem- nach sollen so gestaltete Texte sachlich

korrekt, verständlich und lesbar sein und die Konzentration auf Kerninhalte ermö- glichen. Für eine bestimmte Variante des sprachlichen Genders hat sich der Rat bisher nicht ausgesprochen.

Ob es jemals so weit kommt, hängt von neuen praktikablen Lösungen und dem Ausgang aktueller Sprachkämpfe ab. In ihnen geht es um so viel mehr als um Wörter und Sternchen. Sie haben mit Familie, Hei- matgefühl und Selbstverständnis zu tun, berühren unser Denken und Empfinden und lösen starke Emotionen aus. „Die Sprache ist zum Aus- tragungsfeld gesell- schaftlicher Kon- flikte geworden und der Sprachgebrauch zum Marker grund- legender Haltungen“, sagt Lobin. Hinter dem Streit um das ge- nerische Maskulinum stehe ein tiefgrei- fender Wandel hin zu einer gleichberech- tigten Gesellschaft. Wer es verweigere, werde mit einer eher konservativen Welt- sicht assoziiert, sagt Lobin: „Das generi- sche Maskulinum ist ein Feldzeichen im Sprachkampf geworden.“

Wie vergänglich solche Zuschreibun- gen sind, verdeutlicht Ekkehard Felder,

Deutsch ähnelt einem Feuchtbiotop denn einem barocken Garten

Professor für Germanistische Linguistik an der Universität Heidelberg, anhand ei- niger Beispiele. Statt „Feldzeichen“ ver- wendet Felder den etwa gleichbedeuten- den Begriff „Fahnenzeichen“. Bis vor we- nigen Jahren seien „Kernkraft“ und „Atomkraft“ Fahnenwörter für eine zu- stimmende beziehungsweise ablehnende Einstellung gewesen, sagt Felder. „Inzwi- schen sind sie es nicht mehr.“ Wer heute das Fahnenwort „Geflüchtete“ verwende, signalisiere damit eine Offenheit gegen- über Migranten und Migration. Dem Wort „Flüchtling“ schreibe diese Gruppe aufgrund der -ling-Endung einen Abwer- tungskarakter zu.

Generell beobachtet Felder eine starke Tendenz zum Wort-Objektivismus, bei dem ein Einzelwort aus dem Kontext ge- rissen und als Ausweis eines bestimmten Denkens gewertet wird. Etwa beim Wort „Endlösung“: „Wenn Jugendliche das Wort benutzen, ohne den historischen Kontext zu kennen, reagiere ich nicht vor- wurfsvoll, sondern suche das Gespräch. Ihnen ist das meines Erachtens sinnvolle Tabu nicht bewusst und ich lehne es ab, sie auf einen bestimmten Sprachge- brauch abzurichten“, sagt der Heidelber- ger Germanist. Möglicherweise verbinde man das Wort eines Tages nicht mehr un- mittelbar mit der Verbrechenpolitik der Nationalsozialisten, obwohl dieser Aus-

druck exemplarisch den Zusammenhang von Sprache und Politik aufzeige.

Und was ist mit dem N-Wort? Er würde es hierzulande nicht verwenden, sagt Ek- kehard Felder. In Stein gemeißelt sei das gegenwärtige Tabu aber keineswegs. So plädiere der in Südafrika forschende Poli- tikwissenschaftler Achille Mbembe da- für, das Wort in einem erweiterten Sinne wieder zu benutzen. „Die Sprache wandelt sich, das Denken wandelt sich“, resü- miert Felder und warnt davor, Spra- che als ehernen Indi- kator für Identität, Mentalität und Wahrhaftigkeit zu betrachten.

Keineswegs ehern und immergültig ist auch das generische Maskulinum, ob- wohl manche Ver- fechter das gern be- haupten. In seiner „Grundlegung einer deutschen Sprachkunst“ empfahl Johann Christoph Gottsched 1748 Folgendes: „Wörter, die männliche Namen, Ämter, Würden oder Verrichtungen bedeuten, sind auch männlichen Geschlechts. Alle Namen und Benennungen, Ämter und Titel, Würden und Verrichtungen des Frau- envolkes sind weiblichen Geschlechts.“ Unter Gottscheds Beispielen finden sich etwa „Hauptmännin, Hofrätthin, Docto- rinn“. Bereits 1690 ging es in einem „Aca- demischen Roman“ um „Studierende“. Die Doppelnennung „Leser und Leserin- nen“ tauchte, wie Henning Lobin berich- tet, schon 1747 in einer Schrift mit dem Titel „Warnung an die liebe Jugend“ auf.

Skeptisch betrachten Lobin und sein Team auch manche Umfragen zum ge- schlechtsübergreifenden Potenzial männ- licher Bezeichnungen. Mit der platten Frage an Forscherinnen „Fühlen Sie sich mitgemeint, wenn Sie als Wissenschaft- ler angesprochen werden?“ lasse sich das komplexe Geschehen nicht erfassen, heißt es im IDS, nötig seien geschickter aufgabetaugliche empirische Studien.

Einen Schritt in diese Richtung machte die bundesweite Erhebung des Sozioöko- nomischen Panels im Jahr 2017. Die mehr als 4000 Befragten wurden gebeten, ihre Favoriten aus einer Reihe von Beispielsät- zen mit unterschiedlichen Geschlechts- bezeichnungen zu benennen. 46 Prozent bevorzugten „die Studierenden“, gefolgt von 17 Prozent, die für „Studentinnen und Studenten“ votierten. Für „Studenten“ sprachen sich ebenfalls 17 Prozent aus. Der Genderstern kam dabei auf ein Pro- zent.

Aus wissenschaftlicher Sicht sei es zu früh, jetzt schon bestimmte Formen des geschlechterinklusive Schreibens oder Sprechens zu präferieren, heißt es am IDS und Henning Lobin wagt sogar die Prognose: „Der Rat für deutsche Rech- tschreibung wird sich höchstwahrschein- lich nicht für den Genderstern ausspre- chen.“ Noch sei das Ringen um die bes- ten Lösungen nicht abgeschlossen, sprachliche Evolution und der sie antrei- bende gesellschaftliche Wandel ebenso wenig. Im privaten Sprachgebrauch sei heute niemand gezwungen, so oder anders zu sprechen oder zu schreiben.

Sollten sich jedoch immer mehr Men- schen dafür interessieren, die geschlecht- liche Vielfalt sprachlich sichtbar zu ma- chen, dann werde sich das Deutsche da- durch nachhaltig verändern; wenn nicht, dann nicht, heißt es lapidar in der IDS-Zeitschrift „Sprachreport“. „Für die Zukunft hoffe ich auf eine friedliche Ko- existenz von ausgeprägtem Gendern und traditionellen Ausdrucksweisen“, sagt Henning Lobin. Ebenso wie er versteht auch Ekkehard Felder das Ringen um die Sprache als eine Art Schmiermittel für die Demokratie: „Jeder Kampf um Worte ist ein guter Kampf – solange das Gegen- über nicht herabgewürdigt wird.“

TURNERS Thesen

Präsident ist kein Lehrberuf



VON GEORGE TURNER,
WISSENSCHAFTSSENATOR A.D.

An der Freien Universität gibt es einen hauseigenen Kandidaten und eine aus- wärtige Bewerberin. Wer ist am besten geeignet, das große Schiff FU sicher durch tiefe Gewässer und Untiefen zu steuern? Präsident ist kein Lehrberuf. Auch alle möglichen Hochschulmanage- ment-Kurse helfen nicht weiter. Dazu ist das Aufgabenfeld zu komplex, nicht vor- hersehbar und voller Überraschungen. Die Fähigkeit wird erworben durch „lear- ning by doing“.

Deshalb ist jede Wahl mit einem Risiko verbunden, ob der/die Gewählte wohl der Aufgabe gewachsen sein werde. Eine vorhergehende Tätigkeit etwa als Dekan einer Fakultät sagt wenig, sind doch die Aufgaben dort eher überschaubar und mit den vielfältigen Anforderungen im Präsidentenamts nicht vergleichbar. Selbst eine Zeit als Vizepräsident/in sagt nicht genug, ist der Aktionsradius in einem solchen Amt meist begrenzt. Wo- nach soll man sich richten: Etwa nach dem Eindruck in einer öffentlichen Vorstel- lung? Das kann täuschen und gibt in der Regel nur Auskunft, wie sich jemand „ver- kauft“. Also volles Risiko und Wahl auf Verdacht, dass es schon gut gehen werde. Das ist zu ein- fach und verantwortungslos. Welche Krite- rien aber gelten?

Neben der Fähig- keit, zuzuhören zu können, neben Konflikt- fähigkeit und Belast- barkeit zählt vor al- lem, ob Vertrauen in die Person und ihre Fähigkeit zur Amtsführung besteht. Da hat es der hausinterne Bewerber in der Regel schwerer als das „unbeschriebene Blatt“ von außerhalb. Der bekannte Be- werber hat Probleme vor sich gehabt und ist sie mit unterschiedlichem Erfolg ange- gangen. Er hat auch Mitgliedern der Uni- versität schon mal „auf die Füße getre- ten“. Wahlen sind dann ein probates Mit- tel, alte Rechnungen zu begleichen

Wahlen sind ein probates Mittel, alte Rechnungen zu begleichen

Wer neu von außen kommt, ist unbelas- tet, die Wähler sind aber auch weitge- hend frei von Kenntnissen über die Per- son und die möglichen Reaktionen auf Herausforderungen.

Die Spitze einer Universität ist nie iso- liert zu sehen. Vizepräsident/in und Kanzler/in gehören zum Führungsteam. Hier sollte wenn nicht Harmonie, so doch Kollegialität herrschen. Wer die ver- letzt, gehört aussortiert.

Für die Wahl des/der geeigneten Kandi- daten/in bleibt dann nur die Prognose: Wer wird es vermutlich am besten im Sinne der Institution und ihrer Mitglie- der machen? Die nur oberflächlich be- kannte Bewerberin aus „Westdeutsch- land“ oder der Kandidat aus den eigenen Reihen? Der jedenfalls ist ein hochdeko- rierter, anerkannter Wissenschaftler. Das passt zu dem Exzellenzstatus der Uni- versität. Weiter sollte man sich an den Spruch aus der Werbung erinnern.

„Da weiß man, was man hat.“

— Wer mit dem Autor diskutieren möchte, kann ihm eine E-Mail senden: george.tur- ner@t-online.de

Eine Chance für die Bremer Jacobs University

Fabio Pammolli ist neuer Präsident – unter der Ägide von Serguei Beloussov, Gründer und Geschäftsführer des Schaffhausen Institutes of Technology

Die Bremer Jacobs University Bremen startet unter einer neuen Trägerschaft ins neue Jahr – und damit endlich in sicherere Fahrwasser? Fabio Pammolli ist Mitte De- zember vom Aufsichtsrat zum neuen Prä- sidenten gewählt worden. Der Fachmann für Wirtschaft und Management kommt von der Polytechnischen Universität Mail- land. An Pammolli dürfte es liegen, in den kommenden Jahren das umzusetzen, was der eigentliche starke Mann im Hinter- grund eronnen hat: Serguei Beloussov. Der gebürtige Russe mit Pass des Stadt- staates Singapur ist Gründer und Ge- schäftsführer des Schaffhausen Institute of Technology (SIT), das seit Mitte De- zember die Mehrheitsanteile an der Ja- cobs University besitzt – mit Beloussov als Aufsichtsratsvorsitzendem.

Für ihn ist die kleine Bremer Uni ein wichtiger Zukunftsbaustein, daran lässt Beloussov keinen Zweifel. Seine Vision: mehr Studienangebote und mehr Studie- rende. Außerdem soll die Jacobs Univer-

sity Teil des SIT Institute of Advanced Learning werden, eines Netzwerkes rund um das Schaffhausen-Institut.

Die neue Unileitung in Bremen soll das Ende einer fast zwei Jahre währenden Hän- geparatie für die finanziell angeschlagene Universität bedeuten. Ihre Zukunft hing lange am seidenen Faden, nachdem die Ja- cobs Foundation als bisherige Mehrheits- gesellschafterin 2020 verkündete, sich aus der Trägerschaft zurückzuziehen. Al- lerdings zahlte sie noch das bis einschließ- lich 2027 zugesagte Fördergeld in Höhe von 60 Millionen Euro. Die Anteile der Ja- cobs Foundation hat die Stadt Bremen zu einem Preis von 22000 Euro über den „Verein zur Förderung der wissenschaftli- chen Forschung“ übernommen. Vorsitzen- der ist der Staatsrat von Wissenschafts- und Häfensensorin Claudia Schilling (SPD), Tim Cordßen-Ryglewski.

Mit dem Abschied der Jacobs Founda- tion ist eine Ära zu Ende gegangen, die 2006 begann. Damals war die Stiftung

der einst in Bremen ansässigen Kaffee- röster-Familie in das Projekt eingestiegen. Wegen dieses Wechsels in der Gesell- schafterstruktur wurde aus der 1999 ge- gründeten International University Bremen (IUB) die Jacobs University.

Doch es hat alles nichts genutzt: Die private Lehrreichtung ist wirtschaftlich und somit finanziell nicht auf einen grü- nen Zweig gekommen. Im Gegenteil, das klamme Land Bremen half der Jacobs Uni- versity mehrmals finanziell aus der Klemme. Wechselnde wissenschaftliche Schwerpunktsetzungen, mehrere neue Präsidenten sowie interne und externe Querelen haben die Jacobs University Bremen zu einer umstrittenen Einrich- tung in der eigenen Stadt gemacht.

Davon unberührt ist der nach wie vor internationale Ruf geblieben. Die Profes- soren und Professorinnen blieben Ran- kings zufolge forschungs- und drittmittel- stark, wie Uni-Sprecher Heiko Lammers hervorhebt. Zwischenzeitlich stand die



Neustart. Die Bremer Privatuniversität soll ausgebaut werden. Foto: Ingo Wagner/pa/dpa

Existenz der Privatuni gleichwohl in- frage. Ende 2020 waren Pläne bekannt ge- worden, nach denen ein Konsortium aus den Unternehmen SAP, dem chinesi-

schen Konzern Neusoft sowie dem Deut- schen Forschungszentrum für künstliche Intelligenz aus der Jacobs University Bremen einen KI-Campus machen wollten. Doch aus dem von der Wissenschafts- senatorin als Coup verkauften Projekt so- wie der Unterzeichnung eines Letter of Intent zwischen dem Land Bremen und den möglichen Investoren ist nichts ge- folgt. Die Pläne sind still und leise zu den Akten gelegt worden.

Vieles spricht dafür, dass sich das Enga- gement des SIT mit Beloussov an der Spitze langfristig für die Jacobs University lohnen wird. So hat sich der neue Mehr- heitsgesellschafter bereits bei der Unter- zeichnung des Vertrages zur Übernahme der Anteile im September verpflichtet, 50 Millionen Euro auf dem Campus zu inves- tieren – ohne staatliche Förderung. Nach Plänen, die Beloussov Mitarbeitenden in einem Meeting im November präsentiert hat, seien weder ein Personalabbau, die Abschaffung bestehender Studiengängen

noch eine reine Konzentration auf die Be- reiche Computing, Physik und Wirt- schaftswissenschaften geplant. Vielmehr sollen das Studienprogramm modernisiert, hybride Lehr- und Lernformen ein- geführt und 5000 Plätze für studentisches Wohnen auf dem Campus. Zudem sei die Wiederbelebung der vor einigen Jah- ren zu den Akten gelegten Idee eines Tech- nologie Parks geplant. Beloussov ver- spricht sich überdies durch die Verzah- nung von SIT und Jacobs University die Förderung von „interdisziplinärer Wissen- schaft, Technologie und Bildung in Eu- ropa und darüber hinaus“.

Kommt es wie von Beloussov prophe- zeit, dürfte sich der Campus im Norden Bremens in so etwas wie eine Dauerbau- stelle verwandeln. Angekündigt hat er un- ter anderem auch neue Lecture Halls. Sprecher Lammers fasst das Ganze so zu- sammen: „Herr Beloussov legt auf das Be- stehende noch einmal 100 bis 150 Pro- zent obendrauf.“ ULF BUSCHMANN